

Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung
und Wohnungsbau • Contrescarpe 72 • 28195 Bremen

Verwaltungsgericht Bremen
Am Wall 1988
28195 Bremen

Auskunft erteilt

Dienstgebäude:
An der Reeperbahn 2
Zimmer T 7.14

Tel. +49 421 3 61-
Fax

E-Mail

Datum und Zeichen
Ihres Schreibens
19.09.2019

5 K 1968/19

Mein Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)
53

Bremen, 14. Oktober 2019

In der Verwaltungsrechtsache

Kläger,

g e g e n

die Stadtgemeinde Bremen, vertreten durch die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt,
Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, Contrescarpe 72, 28195 Bremen,
Beklagte,

beantrage ich, die Klage zurückzuweisen und die Kosten den Kläger*innen aufzuerlegen. Zur Begründung verweise ich zunächst auf meine Ausführungen im Widerspruchsbescheid vom 12.08.2019. Die Kläger*innen haben den Ablauf des bisherigen Verwaltungsverfahrens abgesehen von den Ausführungen auf Seite 3 letzter Absatz zutreffend dargestellt.

Gem. § 1 Abs. 3 Nr. 1 der Verordnung des Senats über die Zuständigkeiten nach der Straßenverkehrs-Ordnung vom 19.01.2016 (Brem.GBl. 2016, S. 6), ist das ASV zuständige Straßenverkehrsbehörde für die Stadtgemeinde Bremen und damit auch zuständig für Verkehrsanordnungen nach § 45 StVO. Daraus folgt aber entgegen der Auffassung der Kläger*innen nicht ein Anspruch auf ein Einschreiten im Wege des administrativen Verwaltungsvollzuges.

- Seite 1 von 2 -



Bus/Straßenbahn
Haltestelle
Eduard-Schopf-Allee



Eingang
An der Reeperbahn 2
28217 Bremen

Bankverbindungen
Sparkasse Bremen
IBAN DE73 2905 0101 0001 0906 53 BIC SBREDE22XXX
Bremer Landesbank
IBAN DE27 2905 0000 1070 1150 00 BIC BRLADE22XXX

Internet: <https://bauumwelt.bremen.de>

Die Datenverarbeitung der personenbezogenen Daten entspricht den gesetzlichen Vorgaben.

Weitere Informationen finden Sie hier: <https://bauumwelt.bremen.de/info/dsgvo-kontakt>

Dienstleistungen und Informationen der Verwaltung unter Tel: (0421) 361-0, www.transparenz.bremen.de, www.service.bremen.de

Hier fehlt es schon an dem nach § 11 Abs. 1 BremVwVG für die Anordnung von Zwangsmitteln erforderlichen vollstreckungsfähigen Verwaltungsakt. Unstreitig sind in den von den Kläger*innen bewohnten Straßen keine Verkehrszeichen aufgestellt, die als Allgemeinverfügung gem. § 35 S. 2 BremVwVfG das Parken verbieten. Die Unzulässigkeit des sog. aufgesetzten Gehwegparkens ergibt sich vielmehr aus der Vorschrift des § 12 Abs. 4 und 4a StVO. Zwar kann nach § 11 Abs. 2 BremVwVG auch ohne vorausgehenden Verwaltungsakt Verwaltungszwang angewendet werden. Die dafür notwendigen Voraussetzungen liegen hier jedoch nicht vor. Ausweislich der Aussage des Innenressorts werden die von den Kläger*innen dargestellten Parkverstöße gegen die StVO von Polizei und Ordnungsamt zwar festgestellt, diese sind aber in Ausübung des pflichtgemäßen Ermessens als nicht so gravierend einzustufen, dass ein ordnungsbehördliches Eingreifen geboten erscheint, da die erforderliche Durchfahrts- und Durchgangsbreite auf der Fahrbahn und dem Gehweg in diesen Fällen noch gewährleistet ist.

Wenn in diesen Fällen aus Gründen der Verhältnismäßigkeit die Polizei und das Ordnungsamt im Rahmen des Opportunitätsprinzips eine Ahndung ablehnen, gibt es keine Veranlassung für die Straßenverkehrsbehörde hier Verwaltungszwangsmaßnahmen mit derselben Zielrichtung in Betracht zu ziehen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

■■■■■